

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen  Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie

21. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühren

Berlin, den 28. November 1925

Erscheint übermäßig Samstag
Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 24

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1924

Die Überwindung der Inflation ließ wieder Sinn und Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit erkennen. Man voll und auf längere Sicht berechnet, konnten die Aufgaben von neuem in Angriff genommen werden. Schwer gekämpft wurde die Arbeit allerdings durch die schlechte Wirtschaftslage. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft standen bei Jahresbeginn ohne Lebensgrundlage noch am Rande des Abgrundes. Die Löhne waren außerordentlich niedrig, die Arbeitslosenzahlen dagegen sehr hoch. Daß es aber trotz aller ungünstigen Umstände gelungen ist, den völligen Zusammenbruch zu vermeiden, die Verhältnisse allmählich wesentlich zu bessern und schließlich eine verhältnismäßig feste Grundlage wiederzugewinnen, ist ein glänzendes Zeichen für die Kraft des deutschen Volkes und wird vom Ausland allgemein bewundert. Ohne Lebensgrundlage darf gesagt werden, daß die deutsche Arbeiterbewegung an der Wiedergeburt einen sehr großen Anteil hat, und daß die Erlangung gesunder Grundlagen wesentlich nur mit Hilfe großer Volksentscheidungen herbeigeführt wurde.

Leider haben sich mit der zunehmenden Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr verschärft. Unverkennbar wuchs der Widerstand der Arbeitgeber gegen soziale Maßnahmen und gegen die Sozialpolitik überhaupt. Immer stärker kam das Verlangen in maßgebenden Arbeitgeberkreisen zum Ausdruck, daß der Staat auf das Eingreifen in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verzichten und daß das freie Spiel der Kräfte entscheiden müsse. Daß die Arbeitgeber besonders in den Revolutionsjahren, als ihre Position gegenüber den Arbeitnehmern nicht so günstig war, einen entgegengekehrten Standpunkt vertraten, wurde nur allzu schnell vergessen. In Kundgebungen und in der Möglichkeit der Gewährung weiterer Lohn erhöhungen entschieden verneint, gegen die angeblich zu großen sozialen Belastungen angefaßt und die Rückkehr zur Friedensarbeitszeit gefordert. Am stärksten machte sich der Machtstandpunkt der Arbeitgeber im Ruhrbergbau und in der Großindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bemerkbar. Es darf aber gesagt werden, daß es den Arbeitgebern nicht gelungen ist, ihr Ziel zu erreichen.

Im Berichtsjahre jährte sich zum 25. Male der Tag des Mainzer Kongresses, der als Geburtsstag des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften angesehen werden kann. Die Jubelfeier fand in Köln statt. In Massen waren die christlichen Arbeiter nach Köln geföhrt, um ihre Treue zur christlichen Gewerkschaftsbewegung in aller Öffentlichkeit gemeinsam zu bekunden. Im Anschluß an die Jubelfeier fand eine öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften statt, an der über 400 Delegierte der dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände teilnahmen. Unsere Stellung zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart und zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde nach ausführlichen Referaten grundlegend behandelt und in einer Reihe von Entschlüssen niedergelegt. In Lande fanden die Kölner Jubiläumsvoranstaltungen lauten Widerhall und in einer großen Reihe von Orten fanden ebenfalls glänzende verlaufende Kundgebungen als würdiger Abschluß einer 25jährigen Tätigkeit statt.

Nach dem Gesagten wird es nicht überraschen, daß auch unsere Bewegung von einem schweren Mitgliederrückgang betroffen wurde. Während am 31. Dezember 1923 noch 806 992 Mitglieder gezählt wurden, waren es am Schlusse des Jahres 1924 nur noch 612 952 Mitglieder. Es bedeutet dieses einen Verlust von über 20 Prozent, während z. B. die freien Gewerkschaften im gleichen Jahre einen Verlust von etwa 30 Prozent zu verzeichnen hatten. Die gesamte Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt läßt sich mit den Angaben des vorhergehenden Jahres nicht vergleichen, da nicht alle Verbände hierüber berichtet haben. Grotentlicher Weise befinden sich die Gewerkschaften wieder auf dem Wege finanzieller Gesundung. Am

Schlusse der Inflationszeit waren alle Verbände finanziell erschöpft. Jetzt zeigt sich überall das Bestreben, gesunde Masseneinkünfte zu schaffen. Die Mitglieder sollen nicht auf Kosten der Opferwilligkeit und auf Grund niedriger Beiträge gewonnen werden.

Zur Lohnentwiddung und der Verringerung der Lebenshaltungskosten sei noch bemerkt, daß die Zeitlöhne, die nach dem Ubergang von der Inflation zur Stabilisierung zur Auszahlung gelangten, sehr tief standen. Arbeitgeberseitig wurde ein auf möglichst niedrigem Niveau gehaltener Lohn als eine der Voraussetzungen für die Gesundung der deutschen Wirtschaft bezeichnet. In der kritischen Gesamtsituation, Ende 1923 und Anfang 1924, fanden eine Reihe von Maßnahmen der Arbeitgeber eine wesentliche Stütze in der öffentlichen Meinung. Letztere machte damals die Gewerkschaften für Dinge verantwortlich, für die sie nicht verantwortlich waren. Die Preise, die nach zu Beginn des Jahres 1924 eine sinkende Tendenz hatten, gingen bald wieder an zu steigen. Im Februar stand die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten auf 104, im September dagegen bereits auf 122,6. Hierbei sei hier bemerkt, daß Anfang des Jahres 1925 die Grundlageder Indexberechnung eine Erweiterung erföhre, besonders aus dem Grunde, weil der seitherige Index kein annähernd richtiges Spiegelbild der wirklichen Lebenshaltungskosten abgab, was ja auch heute noch nicht der Fall ist.

Dürfen wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken? Jammern und Klagen ist heute an der Tagesordnung. Es gibt keinen Arbeitgeber mehr, der nicht die Lage der deutschen Wirtschaft grau in grau malt. Auch viele Arbeitnehmer verfallen in den Fehler. Sie jagen, früher sei es doch viel heißer gewesen als heute. So sehen wir auf beiden Seiten Lebensereignisse und weit über das Ziel schweifende Behauptungen. Daß es mit der deutschen Wirtschaft wahrhaftig nicht so schlecht bestellt ist, wie immer betont wird, zeigen wir an anderer Stelle. Die Klagen aus unseren Kreisen heraus sind oft viel zu wenig von dem Glauben an die Zukunft getragen, der notwendig ist. Sowohl auf politischem wie insbesondere auch auf sozialem Gebiete, hat die deutsche Arbeiterbewegung heute weit mehr Rechte als früher. Und wenn auch noch viel zu tun übrigbleibt und insbesondere auf dem Gebiete der Lohnverhältnisse noch vieles im Argen liegt, so sind doch bedeutende Fortschritte erzielt worden. Man hat in einigen Berufen den Reallohn der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern sogar um ein geringes überschritten. Schlecht ist allerdings die Lage im Bergbau und in gewissen Teilen der Großindustrie. Aber alles in allem gesehen, ist der Pessimismus nicht angebracht. Ihm muß nachdrücklich entgegengetreten werden.

Unsere Bewegung hat zahlenmäßig im Jahre 1924 einen nicht unbedeutlichen Verlust erlitten. Wir haben diesen Verlust erwartet, und selbst wenn wir mit in Rechnung stellen, daß die Mitgliederzahlen wieder langsam ansteigen, so wird doch der Rückgang erst in mehreren Jahren wieder einigermaßen auszugleichen sein. In den Inflationsjahren, wo eine Lohnbewegung die andere jagte, war eine gewerkschaftliche Erziehungsarbeit nicht möglich. Ein großer Teil der Mitglieder bewertete das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung lediglich nach dem Grade und der Nützlichkeit der geföhrteten Lohnbewegungen; heute ist das wesentlich anders. Was die Gewerkschaften an Mitgliedern verloren haben, sind weniger die vorwärtsstrebenden und standesbewußten Arbeiter. Letztere und ebenfalls die beruflich und geistig am regsamsten und vorwärtsstrebendsten sind in der Gewerkschaftsbewegung verblieben. Und wenn diejenigen, die Opfer für ihre beruflichen und für ihre Standesangelegenheiten bringen, schon selber die Elite der Arbeiterbewegung darstellen, so wird das auch in Zukunft der Fall sein. Zahlenmäßig wird auch in Zukunft außerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung ein größerer Teil zu finden sein, jedoch der ausschlaggebende, beruflich tüchtigste, standesbewußte und regsamste Teil der

Arbeiterbewegung wird in den gewerkschaftlichen Organisationen liegen. Wir sehen also auch nach der Richtung hin die Verhältnisse durchaus vertrauensvoll, und andererseits sind wir von der Erkenntnis durchdrungen, daß besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung eine große Zukunftsaufgabe zu erfüllen hat. Nach wie vor sind die Gegensätze innerhalb unseres Volkes und insbesondere die sozialen Gegensätze außerordentlich groß. Allein mit gesetzlichen und äußeren Reformen sind die Lebel unserer Zeit nicht zu beheben. Weil das so ist, bekennt sich auch die christliche Gewerkschaftsbewegung beduht und gewollt zu einem Programm, das hart von sittlichen Grundlagen und Gerechtigkeitwerten getragen ist. Und gerade im Wirtschaftsleben und in den Beziehungen der Menschen untereinander fehlt es an dem im Sittlichen wurzelnden Gefühl der gegenseitigen Schicksalsverbundenheit und dem Bekenntnis zum Ausgleich der Interessengegenstände im Sinne des Gemeinschaftsgedankens. Gerade die ethischen und sittlichen Grundlagen, zu denen die christliche Gewerkschaftsbewegung sich bekennt, sind geeignet, in hervorragender Weise sozialen Gemeinschaftsgeist zu wecken und Bahnbrecher einer von solchem Geiste getragenen Zukunft zu sein.

Der Kampf um die Vertretung in der Wirtschaft

Auf Grund des Artikels 163 der Reichsverfassung wurden am 4. Februar 1920 das Betriebsrätegesetz und am 30. Juni 1920 der vorläufige Reichswirtschaftsrat eingeföhrt. Der in dem angezogenen Verfassungsartikel vorgegebene Unterbau einer ordentlichen Wirtschaftsververtretung der gesamten produktiven Kräfte unter Einschuß der Arbeiterbewegung fehlt aber noch. Es sind weder die in der Verfassung geplanten Bezirkswirtschaftsräte eingeföhrt, noch hat man dem berechtigten Verlangen der Arbeitnehmer, ihnen eine ordnungsmäßige Vertretung in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern einzuräumen, stattgegeben. Zwar hat der vorläufige Reichswirtschaftsrat bereits seit Jahren die Richtlinien zu seiner Umbildung in einen ordentlichen Reichswirtschaftsrat der Regierung antragsgemäß vorgelegt, ebenso auch die Richtlinien zur Durchführung der Bezirkswirtschaftsräte bzw. der paritätischen Ausgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsammern. Die Reichsregierung hat dem auch bereits seit längerer Zeit Referentenentwürfe für die Ausgestaltung des Unterbaues einer geordneten Wirtschaftsververtretung ausgearbeitet, ist aber bisher damit nicht herausgekommen. Gemeinwert ist, daß im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Verständigung über die Eingliederung der Arbeitnehmer in die öffentlich-rechtlichen Kammern der deutschen Wirtschaft schon im Jahre 1923 — wenn auch erst nach anfänglichem Widerstand — erzielt wurde. Heute glaubt ein großer Teil der Arbeitnehmer, sich in kurzschichtiger Weise über das verfassungsmäßige Recht der Arbeitnehmer hinweggehen und ihre Mitwirkung in den Wirtschaftskammern verhindern zu können. Man will unter sich bleiben und die Arbeitnehmer nicht in die Wirtschaft schärfere hineinziehen lassen. Andererseits aber verlangt man von ihnen bei jeder Gelegenheit „mehr wirtschaftliche Einsicht“.

Die Reichsregierung scheint dem bedauerlichen Standpunkt der Unternehmer entgegenkommen zu wollen und bringt jetzt lediglich einen Referentenentwurf für den endgültigen Reichswirtschaftsrat heraus, der, obwohl er vertraulich sein soll, schon scharfe Kritik in der Tages- und Fachpresse erföhrt. Da die Vertraulichkeit nunmehr nicht mehr gewahrt zu werden braucht, sei hier einiges zur Aufklärung über den Referentenentwurf gesagt.

Der Reichswirtschaftsrat soll künftig nicht mehr wie jetzt aus 326, sondern nur noch aus 126 ständigen Mitgliedern bestehen. Daneben sind nichtständige Mitglieder, die für einzelne Verhandlungsgegenstände einberufen werden, vorgesehen. Es sollen dem Reichswirtschaftsrat wie bisher wirtschafts- und sozial-

politische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung zur Begutachtung vorgelegt werden. Er kann auch schon zu den Vorarbeiten zu solchen Gesetzentwürfen gehört werden. Außerdem soll er das Recht haben, selbst bei der Regierung wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung zu beantragen. Die Reichsregierung hat, gleichgültig ob sie zustimmt oder nicht, solche Gesetzentwürfe beim Reichstag einzubringen. Sowohl die Vollversammlung wie die vorgehenden drei Hauptausschüsse des Reichswirtschaftsrats können die Vorlage durch eines der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats vor dem Reichstag vertreten lassen. Ebenso können die Reichsregierung, der Reichstag und der Reichsrat vom Reichswirtschaftsrat verlangen, daß er seine Gutachten vor ihnen mündlich erklärt. Aus den Ausführungsanordnungen des Entwurfs wäre noch hervorzuheben, daß das Wahlalter auf das vollendete 30. Lebensjahr festgesetzt ist. Es sollen in Zukunft statt der bisherigen drei Abteilungen deren vier gebildet werden. Zur Abteilung 1 gehören die Unternehmervertreter. Sie soll 41 Mitglieder zählen. Abteilung 2 enthält die Arbeitnehmervertreter, ebenfalls mit 41 Mitgliedern. Die Abteilung 3 soll aus 14 Mitgliedern bestehen und wird aus Vertretern der nicht privatwirtschaftlichen Zweigen dienenden Körperschaften (Kommunen, öffentlich-rechtliche Versicherungs- und Kreditanstalten, Sozialversicherungsanstalten, Sparkassen, Genossenschaften) zusammengefaßt. In die Abteilung 4 werden die Mitglieder von der Reichsregierung und dem Reichsrat ausgewählt. Diese Abteilung soll 30 Mitglieder zählen. Sie soll enthalten Persönlichkeiten, die mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraut sind bzw. die durch besondere Leistungen die deutsche Wirtschaft in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind, ferner Vertreter der freien Berufe, der Beamtenschaft, der Wissenschaft und der Tagespresse. Für die nichtständigen Mitglieder ist eine bestimmte Zahl nicht festgelegt. Die Mitglieder werden, soweit sie nicht von der Reichsregierung und Reichsrat erwählt werden, von den zuständigen wirtschaftlichen Organisationen vorgeschlagen und vom Reichswirtschaftsminister berufen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich mit dem Referentenentwurf in einer Reihe von Sitzungen befaßt. Zweckmäßige Änderungsanträge wurden formuliert und den zuständigen Stellen übermittelt. Hierauf sei kurz eingegangen. Die Gewerkschaften fordern einmütig, daß neben dem Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat schleunigst die Gesetzentwürfe über die paritätische Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern vorgelegt werden. Ebenso weisen sie auf die Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte hin und verlangen von der Reichsregierung eine Erklärung, wie sie sich den in der Vorlesung vorgehenden Unterbau denkt, ob und inwiefern sie insbesondere den Ausbau der bestehenden öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern als einen Weg zur Erfüllung der Verfassung anerkennt. Zu dem Gesetz soll ausdrücklich hervorgehoben werden, daß nicht nur die wirtschafts- und sozialpolitischen, sondern auch die finanzpolitischen Angelegenheiten vor dem Reichswirtschaftsrat kommen. Die Initiativvorlagen des Reichswirtschaftsrats sollen nicht nur allein vor dem Reichstag mündlich vertreten werden können, sondern auch die vom Reichswirtschaftsrat erstellten Gutachten. Ueberhaupt muß die Beachtung der Gutachten des Reichswirtschaftsrats sowohl im Reichstag wie im Reichsrat sichergestellt werden. Das Initiativrecht sollte man noch dadurch verstärken, daß dem Reichswirtschaftsrat die letzte Fassung der Gesetze vor der Einbringung oder spätestens gleichzeitig mit der Einbringung an den Reichstag vorgelegt wird, damit er unter Umständen erneut Stellung zur Sache nimmt. Vor dem Erlass von Verordnungen- und Ausführungsbestimmungen zu ergangenen Gesetzen müßte dem Reichswirtschaftsrat eine befristete Gelegenheit zur gutachtlichen Äußerung gegeben werden. Endlich würde es von größter Bedeutung sein, wenn die oft plötzlich vor Schluß einer Sitzungsperiode noch aus der Mitte des Hauses eingebrachten und durchgepeitschten Initiativgesetze des Reichstages wenigstens nachträglich auf dem Wege zum Reichsrat den Reichswirtschaftsrat passieren müßten.

Die bedeutend verkleinerte Mitgliederzahl haben die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes selbst beantragt. Ob allerdings 126 Mitglieder ausreichen, wird bei der Ausbalanzierung der Kräfteverhältnisse im Reichstag beim Ansturm der interessierten Wirtschaftskreise sich erst zeigen. Das jetzige Stärkeverhältnis der Abteilungen aber erscheint von vornherein unhalbar. Bisher war ungefähr jedes 14. Mitglied des Reichswirtschaftsrats ein von der Regierung bzw. vom Reichsrat ernanntes. Künftig ist beinahe jedes 4. Mitglied des Reichswirtschaftsrats ein ganzer oder halber Regierungsvertreter. Das muß abgelehnt werden, ebenso wie es abgelehnt werden muß, daß Ministerialbeamte die einflussreiche Rolle des Vorstehenden in den Ausschüssen nach dem Entwurf beanspruchen können. Es muß verlangt werden, daß die Abteilung 3 vergrößert wird und damit auch die Zahl der Genossenschafts- und Krankentassenvertreter. Den Beamten und freien Berufen sollte man an Stelle der Ernennung das Präzedenzrecht wie früher wieder herstellen. Von den 41 Mandaten der Arbeit-

nehmer sind nach dem bisherigen Entwurf 13 für einige Berufe (Land- und Forstwirtschaft, Seefischerei, Transportgewerbe) vorweg gebunden. Von den restlichen 28 sind auch noch einige für Angestellte vorbehalten. Wie da z. B. der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften entsprechend seiner Bedeutung und Stärke eine ausreichende Vertretung bekommen soll, ist noch nicht klar. Die bisher vorgegebene Regelung wird sicherlich den zu kleinen Rahmen sprengen. Man kann auch den Anteil der Vertretung der christlichen Gewerkschaften nicht dem Spiel einer Mehrheitsentscheidung der übrigen Interessenten überantworten. Darum wird das Gesetz von vornherein die genauere Verteilung der Mandate auch in der Abteilung 2 vorschreiben müssen. Da die Aufgaben des Reichswirtschaftsrats in der Hauptsache in den Ausschüssen, und zwar meist endgültig erledigt werden, ist bei der Besetzung der Ausschüsse und der Feststellung ihrer Gutachten unbedingt Bedacht darauf zu nehmen, daß Minderheitsrechte für Richtungen innerhalb der Arbeitnehmerabteilung gesichert nicht schlechter ausfallen als für Gruppen innerhalb der anderen Abteilungen. Die in Betracht kommenden Paragraphen werden eine Fassung bekommen müssen, die sowohl in den Abteilungen wie auch in den Ausschüssen z. B. einer christlichen Minderheit sowohl die Möglichkeit eines wirksamen Einspruchs wie auch die Abgabe eines Minderheitsgutachtens schafft. Die neu vorgesehene Schaffung einer Enquete-Kommission wird man zweckmäßig bedeutend erleichtern müssen. Die Regierungsabteilung in der Enquete-Kommission, die mit der Hälfte der Sitze und zudem mit einem stimmberechtigten Kommissar der Regierung als Vorsitzenden beteiligt werden soll, wird zugunsten der Männer der praktischen Wirtschaft verkleinert werden müssen. Die Arbeitnehmer haben alle Veranlassung dazu, dafür rechtzeitig zu sorgen, daß nicht der ordentliche Reichswirtschaftsrat schließlich derartig bürokratisch bevormundet wird, daß er zu einem besseren Beitrag der zuständigen Ministerien bzw. ihrer Ministerialbürokratie herabsinkt. Aus dem Komplex der Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes sei am Schluß noch hervorgehoben das Ehrengericht, das Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats die Mitgliedschaft in bestimmten Fällen für verlustig erklären kann. Vertrauliche Sitzungen, über die unbedingt Verschwiegenheit nach jeder Richtung hin zu wahren ist, müssen von vornherein so kenntlich gemacht sein, daß die Tatsache und der Umfang der Vertraulichkeit für jedes Mitglied zweifellos feststeht. Zweifellos wird es noch manche harten Kämpfe geben, bis wir eine wirkliche Vertretung in der Gesamtwirtschaft erreicht haben.

Sie können nicht neutral sein!

Im Lager der sozialistischen Gewerkschaften erscheint eine Zeitschrift: „Die Gemeinwirtschaft“, die als Zweckbestimmung den Rebenitell trägt: „Zeitschrift für den konstruktiven Sozialismus“. Die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse des „konstruktiven Sozialismus“ spiegeln sich auch in dieser „Gemeinwirtschaft“ wieder. Manche anerkanntswürdige gedankliche Leistung erst zu nehmender Höhe erscheint neben den höchsten Phrasen und nicht selten widerstrebt in dieser „Gemeinwirtschaft“ schon der nächste Artikel, was der Leitartikel als Lehre des „konstruktiven Sozialismus“ aufstellt. Der sozialistische Klassenkampfgedanke radikalster Färbung gibt recht oft einem Artikel Inhalt, Tendenz und Form, um im nächsten Heft abtönde Widerlegung zu finden.

Das kommt wieder einmal deutlich in Nr. 8 und 9 zum Ausdruck, wo ein Beitrag: „Am Scheidewege“ die vom Reichsverband deutscher Konsumvereine herausgegebene Schrift „Wege zum Wirtschaftsfrieden“ zu zerpfücken sucht. Was dem ungenannten Verfasser nicht paßt, wird aus der Broschüre unter schlagen; was ihm jedoch aus dem Zusammenhang gerissen) zweckmäßig erscheint, wird entsprechend ausgelegt; und was dann noch fehlt, wird frei erfunden, um so eine recht „konstruktiv-sozialistische“ Leistung abzurufen. Weil der Reichsverband deutscher Konsumvereine den sozialistischen Klassenkampfgedanken ablehnt und nicht jeden Kaufmann und Handwerker zum Lumpen stempelt, ist er „grundlos“! Weil er aus der Geschichte der deutschen und ausländischen Konsumgenossenschaftsbewegung, aus ihren Erfolgen und Mißerfolgen gelernt und sich auf praktische Ziele eingestellt hat, die erreichbar bleiben, ärgert sich der „konstruktive Sozialist“ über die „Reisholzer Ideologie“.

Einige Blätter weiter klingt es wieder anders. Nach einer sachlichen Bewertung aller Zahlen, die der Jahresbericht des Reichsverbandes bietet, heißt es: „Anfangs der immerhin anerkanntswürdigen Leistung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine auf geschäftlichem wie insbesondere auf propagandistisch-literarischem Gebiet kam man nur bedauern, daß dieser Zentralverband, der immer doch nur den wesentlich geringeren Teil der deutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung zu umfassen in der Lage ist, nicht schon längst aus eigenem Willen und freier Entscheidung sich dem Hamburger Verband angeschlossen hat.“

Bedauerlich ist es gewiß, daß wir in Deutschland keine einheitliche gewerkschaftliche und keine einheitliche genossenschaftliche Organisation haben können. Aus demselben Grunde, aus dem die

Beschmelzung der „freien“ mit den christlichen Gewerkschaften aus ihren Grundzügen heraus eine Unmöglichkeit bleibt, kommt auch eine Zusammenfassung der beiden Konsumgenossenschaftsverbände nicht in Frage. Mögen die Hamburger Zentralverbände noch so laut ihre gewerkschaftliche und politische Neutralität betonen; die Tatsachen beweisen immer noch das Gegenteil. Die enge Verbindung der „Hamburger“ Konsumgenossenschaftszentrale mit den freien Gewerkschaften, der sozialistischen Volksfürsorge usw. bleibt nach wie vor bestehen. Ueber diese engen sachlichen, grundsätzlichen und persönlichen Beziehungen der vorgenannten Organisationen zueinander, helfen auch keine wissenschaftlich-theoretischen Untersuchungen über das Neutralitätsproblem hinweg. Wie die „Genossen“ selber darüber denken, dafür gibt die sozialistische „Bremer Bürgerzeitung“ in einer Festnummer zu einem freien Gewerkschaftsfest einen erneuten Beweis. In einem Aufruf: „Werdet Sozialdemokraten!“ heißt es u. a.:

„Zum Fest der Arbeit werden viele Tausende Bremer Parteigenossen und Genossinnen der sozialdemokratischen Partei abermals befehlen, daß Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Genossenschaften eins sind. Dies wird kein bloßes Lippenbekenntnis, keine leere Phrase sein, denn unter ihnen gibt es keine Gegenseite noch Feindschaft. Die Klassenbewußten Arbeiter sind gleichzeitig Träger und Förderer aller drei Organisationen, denn sie wissen, daß die Forderungen der Gewerkschaften und Genossenschaften mitbestimmen sind für die Taktik und die Aktionen der Sozialdemokratie; sie wissen, daß die Partei mit ihren Wurzeln in den Gewerkschaften und Genossenschaften ruht, wie auch der Kampf der Gewerkschaften und Genossenschaften in die Sozialdemokratie, als ihrem einzigen Sachverwalter, mündet.“

Das ist ebenso ehrlich wie deutlich. Der „konstruktive Sozialist“ in der „Gemeinwirtschaft“ aber hat längst „am Scheidewege“ den Schritt von der Vernunft zum Unfinn getan. Man theoretisiere also nicht mehr über Verschmelzungsfragen, ehe man nicht den Beweis liefern kann, daß die „Neutralität“ nicht nur auf dem Papier steht.

Rheinische Zahlstellen-Konferenz

Am 8. November fand in M. Gladbach im Hotel „Dechardt“ eine rheinische Zahlstellen-Konferenz statt. Die Konferenz war von allen rheinischen Zahlstellen gut besucht. Anwesend waren ferner auf der Konferenz: Reichstagsabgeordneter Joos, Beigeordneter Kliever als Vertreter der Stadt M. Gladbach, Stadtverordneter Krumer als Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Eintracht“, Arbeitersekretär Volkämper als Vertreter der katholischen Arbeitervereine, Gustav Schmitz als Vertreter des Gutenberg-Bundes, sowie der Verbandsvorsitzende Kollege Hornbach.

Die Obengenannten nahmen alle vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen das Wort. So begrüßte Beigeordneter Kliever als Vertreter der Stadt M. Gladbach die Konferenz und wies darauf hin, daß M. Gladbach für die christliche Arbeiterbewegung historischer Boden sei. Stadtverordneter Krumer stellte fest, daß zwischen der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ und den christlichen Gewerkschaften immer ein gutes Verhältnis bestanden habe und er hoffe, daß dieses im beiderseitigen Interesse auch immer so bleiben möge. Arbeitersekretär Volkämper erinnerte an den Dreiflang Gewerkschaft, Landesverein und Genossenschaft Solange in diesem Dreiflang keine Disharmonie entstanden, brauche uns um die Zukunft der christlichen Arbeiterbewegung nicht zu bangen. Kollege Gustav Schmitz überbrachte die Grüße der heiligen Ortsgruppe des Gutenberg-Bundes. Ganz besonderen Beifall fanden die Worte des Reichstagsabgeordneten Joos. Er führte etwa folgendes aus: Seit der letzten Konferenz, die im Mai stattgefunden hatte, habe sich manches geändert. Das graphische Gewerbe ist zu einem großen Teil auf den Auslandsmarkt angewiesen. Die Kaufkraft des deutschen Volkes, die im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich gesunken sei, sei nicht ausreichend, um allein das Gewerbe hochhalten zu können. Aus diesem Grunde hätten wohl alle Angehörigen des graphischen Gewerbes ein Interesse daran, wenn die Beziehungen zu anderen Staaten sich günstiger gestalten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, müsse man auch den Zolltarif bewerten. Er wies darauf hin, daß durch die Verhandlungen in Locarno der Boden geschaffen sei, um günstigere Bedingungen mit anderen Staaten für uns festzulegen. Wenn auch ein Erfolg dieser Verhandlungen nicht sofort greifbar sei, so glaube er aber bestimmt, daß sich dies für die Zukunft günstiger auswirken und gerade für das graphische Gewerbe von Bedeutung seien. Von den Großbanken und der Industrie würde die Meinung vertreten, daß die wirtschaftliche Lage, die im Augenblick nicht gut sei, sich wohl im Laufe des Winters nicht verbessern würde, jedoch für nächstes Frühjahr bestimmt mit einem Aufschwung zu rechnen sei. Das Darniederliegen der Wirtschaft mit seinen Begleiterscheinungen (Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit usw.) hat auf die Stimmung der Arbeiterschaft unheilvollen Einfluß ausgeübt. Das wirkt sich aus in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Es müßten daher alle

Kräfte angepannt werden, um dem Gewerkschaftsgedanken in jeder Weise mehr in der Arbeiterenschaft Boden zu verschaffen. Nur starke Gewerkschaften verbürgen den Aufstieg der Arbeiterenschaft. Alle staatlichen Zustände können uns nicht helfen, wenn wir uns nicht selber helfen.

Der Bezirksleiter Kollege Schmitz gab dann den Bericht über die Lage im Bezirk Niederrhein. Im Hand von genauem Zahlenmaterial legte er den Mitgliederbestand klar, sowie den Stand der Mitglieder in den einzelnen Bezirksklassen. Er konnte nachweisen, daß wir einen stabilen Stand von männlichen Kollegen haben, jedoch sei noch viel Arbeit zu leisten, bis wir das notwendige Verständnis für die Gewerkschaft bei den weiblichen Kollegen wecken. Die Konferenz zeigte schon einen Fortschritt, da eine Reihe weiblicher Delegierten anwesend seien. Ohne die Mitarbeit der Kolleginnen sei es schwer, die noch ausstehenden Kolleginnen für uns zu gewinnen. Kollege Schmitz wies ferner darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, in den einzelnen Ortsgruppen zur Bildung von Lehrlingsabteilungen zu scheitern. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam er auf unsere Generalversammlung in Freiburg zurück. Einmütig wurde beschlossen, der Freiburger Kollegenschaft die Grüße der Konferenz zu übermitteln.

Anschließend an den Bericht erhielten zunächst die Zahlstellenvertreter, die nicht dem Bezirk Niederrhein angehören, das Wort. Ihre Ausführungen deckten sich mit denen des Kollegen Schmitz.

Die Aussprache war sehr ergiebig. Evident war es, daß alle Redner sich nicht in Kleinigkeiten verloren, sondern versuchten, von einer höheren Warte aus die augenblickliche Lage zu beurteilen. Aus der Aussprache ging hervor, daß wir als Gewerkschaften in der Defensive ständen. Die vereinigten Arbeitgeberverbände erachten es als angebracht, jetzt zum offenen Kampf überzugehen. Nur starke Gewerkschaften verbürgen den Aufstieg der Arbeiterenschaft. Kollege Hornbach griff verschiedentlich in die Aussprache ein. Interessant waren seine Ausführungen in Bezug auf zentrale Lohnverhandlungen. Hier zeigte sich auch wieder mit aller Deutlichkeit, daß es unseren Unterhändlern nur dann möglich ist, etwas herauszuholen, wenn hinter ihnen eine geschlossene Kollegenschaft steht.

In der Nachmittagsitzung hielt Kollege Kemmler (Neheim), Bezirksleiter des Bezirks Nordwest, einen vorzüglich ausgearbeiteten Vortrag über die kommende Arbeitslosenversicherung. Die Konferenz nahm die Ausführungen mit besonderem Interesse entgegen. Sie billigte die Entschliebung des DGB zur Arbeitslosenversicherung.

Die Richtlinien der Regierung zur Unterstützung Erwerbsloser aus dem Inland wurden einer äußerst scharfen Kritik unterzogen. Man war der Meinung, daß etwas von der Regierung ausgearbeitete Vertrag viel zu gering sei, und daß zweitens die herausgegebenen Richtlinien nicht dazu angeht seien, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten. Eine Entschliebung wurde angenommen, worin festgelegt wurde, daß man nicht verstehen könne, daß, nachdem man der Industrie mit 700 Millionen unter die Arme gegriffen habe, nur eine so kleine Summe der Arbeiterenschaft zur Verfügung gestellt sei.

Ein Antrag der Zahlstelle Barmen, das Sekretariat nach Düsseldorf zu verlegen, wurde abgelehnt. Der Vorschlag des Kollegen Hillen betr. Invalidenversicherung, löste eine eingehende Aussprache aus. Es wurde hierzu folgender Beschluß gefaßt: Die Konferenz steht dem Vorschlag des Kollegen Hillen sympathisch gegenüber und ist der Meinung, daß der Zentralvorstand genaue Richtlinien im Sinne des Vorschlages des Kollegen Hillen ausarbeiten soll.

Als nächster Tagungsort wurde Barmen festgelegt. Abends fanden sich die Delegierten noch gemütlich zusammen auf der Veranstaltung der Gladbacher Zahlstelle aus Anlaß ihres 20jährigen Stiftungsfestes. Alle schieden mit dem Bewußtsein, gute Arbeit für unsere Organisation geleistet zu haben und mit dem Versprechen, tatkräftig in den einzelnen Zahlstellen zu wirken.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Adolf Damaskis, der Gründer der deutschen Bodenreform. Dieser unerschrockene Kämpfer für eine Reform des deutschen Bodenrechts konnte am 24. November auf 60 Lebensjahre zurückblicken. Als Volksschullehrer griff Damaskis die Gedanken des Amerikaners Henry George auf und machte diese in gründlicher und gewissenhafter Geistesarbeit für die besonderen Verhältnisse Deutschlands brauchbar. Von 1890 ab galt der Bodenreform seine Lebensarbeit. Er gab seine Stellung als Volksschullehrer auf, betätigte sich zunächst einige Jahre als Redakteur und propagierte dann mit allen Kräften sein Ziel, „den Boden als die Grundlage alles nationalen Seins unter ein Recht zu stellen, das seinen Gebrauch als Beruf und Wohnort fördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, dem Volksgangen nutzbar macht.“ Diese Ideen erregten gewaltiges Aufsehen, viele Feindschaft bei den allgewaltigen Besitzern der „Ware“ Boden und leider eine große Interessentlosigkeit derer, denen geholfen werden sollte. Wenn

trotzdem heute weitestehende Kreise die bodenreformistischen Ideen sich zu eigen gemacht haben, so ist das fast reiflos auf das aufklärerische Schaffen Damaskisches zurückzuführen. Sein „Bund deutscher Bodenreformer“ ging aus dem 1890 gegründeten Deutschen Bund für Besitzreform hervor, den er völlig umstellte. Die Wissenschaft anerkannte seine Arbeit erst nach langem Zuwarten. Vor zwei Jahren wurde er von der Universität Erlangen zum Doktor h. c. ernannt. Von seinen vielen Schriften ist die „Bodenreform“ die bekannteste. Daneben sind zu nennen: Aufgaben der Gemeindepolitik; Geschichte der Nationalökonomie; Volkstümliche Redekunst. Auch diejenigen, die sich nicht vollinhaltlich auf den Boden der Bewegung Damaskisches zu stellen vermögen, müssen zugeben, daß das Wirken des hervorragenden Mannes eine soziale Tat bedeutet. Möge er der von ihm geschaffenen Bewegung noch lange vortreten zum Segen des ganzen Volkes.

Müssen Altersrentner Beiträge zahlen? Es kommt vor, daß solchen Altersrentnern, die noch in Arbeit stehen, am Jahrlatz vom Arbeitgeber die Beiträge zur Invalidenversicherung in Abzug gebracht werden. Dies ist nicht statthaft. Es geht dies hervor aus dem § 1236 der RVO, der lautet: „Versicherungsfrei ist, wer invalide ist oder wer eine In-

Er erfüllt mir . . .

Dieser Leser! Dies, was ein bekannter Professor über die Tageszeitung unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes urteilt:

„Der Deutsche“ gefällt mir in allen seinen Teilen. Er hat eine feste Überzeugung, für die er mit Entschiedenheit und ruhiger Sicherheit kämpft.“

Wenn schon Fernstehende so urteilen, wieviel mehr wird „Der Deutsche“ den Gewerkschafter zufrieden stellen. Bestelle und lies ihn!



„Der Deutsche“

ist das führende Organ unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gewerkschaftsmitgliedern wird die Tageszeitung zum Bezugspreis von 2 Mark (sonst 3 Mark) gestiftet. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen. Unsere Zahlstellenkassierer vergüten für jede eingereichte Quittung 1 Mark

validen, Witwen- oder Witwerrente nach den Vorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes bezieht.“ Die Altersrente ist aber als eine Invalidenrente im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten, was aus dem § 1255 der RVO, erster Absatz, hervorgeht. Dieser lautet: „Invalidenrente erhält der Versicherte, der das 65. Lebensjahr vollendet hat oder infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist.“ Es steht also außer Zweifel, daß ein Arbeiter, der Altersrente bezieht, zur Beitragsleistung für die Invalidenversicherung nicht mehr herangezogen werden kann.

Der Wohnungsbau. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes ist die Wohnungsbautätigkeit in einer langsamen Zunahme begriffen. Verglichen mit der Bautätigkeit im zweiten Vierteljahr 1924, die mit 1233 neu errichteten Wohngebäuden besonders gering war, hat sich in der gleichen Zeit 1925 die Bautätigkeit mehr als verdoppelt. Von Mai bis Juni wurden 2744 Wohngebäude errichtet. Das bedeutet einen Zugang von 735 Wohnungen. Diese Ziffer erhöht sich noch, wenn man Umbauten usw. hinzunimmt und die durch Brände, Abbrüche usw. in Bezugfall gekommenen Wohnungen berücksichtigt, auf 8652. Damit entfielen auf 100 000 Einwohner 57 neue Wohnungen. Der größte Teil (56 Prozent) der neu errichteten Wohngebäude waren solche mit einer Wohnung (Einfamilienhäuser), während 14,5 Prozent der neuen Wohnhäuser zwei Wohnungen umfassen. Nur rund 30 Prozent der Wohngebäude hatte über zwei Wohnungen. Die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern herrichte also vor. Ein großer Teil der neuen Wohnungen (3352 = 37 Prozent) umfaßte vier Wohnräume, daneben waren auch Wohnungen mit drei und fünf Räumen häufig. Insgesamt wurden

40 576 neue Wohnräume geschaffen. Wenn so auch eine Zunahme der Wohnungsbauten zu verzeichnen ist, so ist diese, verglichen mit dem Wohnungsbedarf, doch eine verschwindend geringe. Zwar kann bei dem heutigen Kapitalmangel die Wohnungsbautätigkeit nur eine beschränkte bleiben. Dennoch muß, da der Wohnungsmangel so groß ist, daß er Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der breiten Masse des Volkes beeinträchtigt, eine lebhaftere Bautätigkeit geordert werden.

Gewerkschafts-Rundschau

Das Genossenschaftswesen. Die Zahl der deutschen Genossenschaften hat sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1925 nur wenig erhöht. Im dritten Vierteljahr wurde sogar die Zahl der Neugründungen von der der Auslösungen übertroffen. Ursache dieses Rückganges sind die zahlreichen Fälle, in denen Genossenschaften die Umstellung ihrer Geschäfte auf Reichsmark nicht durchführen konnten und wollten und daher von Amts wegen für nichtig erklärt wurden. Immerhin zeigen die ersten neun Monate dieses Jahres eine Zunahme von 516 Genossenschaften: den 2786 Neugründungen stehen 1282 Liquidationen und Nichtigkeitserklärungen und 88 Konkurse gegenüber. Die Gesamtzahl der deutschen Genossenschaften stieg dadurch auf 53 137. Zugewonnen haben vor allem die Kreditgenossenschaften. Auch die Handwerker- und Bauerngenossenschaften erhöhte sich um 131. Bei den Konsumgenossenschaften wurde im allgemeinen von Neugründungen abgesehen; vielmehr wurden Zweigstellen errichtet, deren Zusammenarbeiten mit einer zentrale wirtschaftlich größere Vorteile bietet. Neugründungen von landwirtschaftlichen Genossenschaften waren zwar im September häufig, jedoch wurden in diesem Monat fast ebensoviel landwirtschaftliche Genossenschaften aufgelöst.

Was dünkt euch davon? Es gibt mannigfache Wege, den „unmoralischen“ Tarifshöhen zu Leibe zu gehen. Zu den unbekanntesten gefüllt sich nun ein neuer, den vorerst nur der Philosophieprofessor Dr. Georg Mehlis von der Universität Freiburg — ob mit oder ohne Auftrag, bleibe dahingestellt — als Nach einem Artikel im „Arbeitgeber“ (21/1925) soll der Unternehmer im Zukunftsstaate die Würde des weltlichen Herrschers übernehmen. In nativer Weltfremdheit plaudert Mehlis davon, daß es ein moralisch indifferentes Verhältnis sei, wenn der Arbeiter für seine Arbeit das Äquivalent des Lohnes eintausche. Viel moralischer sei es, wenn der Arbeitgeber die Rolle des freiwillig Gebenden spiele. Aber leider „will das soziale Mißtrauen, das in unserer Zeit so sehr lebendig ist, alles genau festgelegt haben als gültiges Recht, das beansprucht werden kann und nimmt dadurch dem Gebenden die Freude des Gebens und Schenkens.“ — Lieber Herr Professor! Wenn es schon Geschmackssache ist, sich das, was einem rechtlich und moralisch zusteht, schenken zu lassen, so dürfen Sie glauben, daß die Unternehmer von der Freude des Gebens so wenig halten, daß die Arbeiter an der nicht ausgeföhrenen Freude zugrunde gehen. Darin haben Sie recht, daß es die Sache des edlen und vornehmen Menschen sein wird, mehr zu geben, als von ihm verlangt wird. Und wir haben als Tariflohnempfänger immer betont, daß die Tarifshöhe das Mindestmaß dessen darstellen, was bezahlt werden muß. Wir wissen aber auch aus Erfahrung, daß edle Vornehmheit in Ihrem Sinne eine Tugend ist, die die Arbeitgeber am wenigsten besitzen. Ihre gute Absicht in allen Ehren, Herr Professor. Aber bleiben wir schon lieber beim Alten. Oder aber vielleicht fangen Sie einmal an und lassen sich von Ihrem Arbeitgeber, dem Staate, kein Gehalt, sondern nur noch Geschenke auszahlen. Dann können Sie uns erzählen, wie „wohl!“ Sie sich dabei fühlen!

Verweigerung von Streitarbeit ist kein Entlassungsgrund. Affordarbeiter (etwa die Hälfte der Belegschaft) traten in einem Betriebe wegen Lohnunterschieden, nachdem sie den Arbeitsvertrag fristgemäß gekündigt hatten, am 26. August in den Streik. In diesem Tage kündigte die betr. Firma auch einem Teil der Lohnarbeiter deren Arbeitsvertrag, da vierzehntägige Kündigung bestand, am 9. September abgelaufen war. Am 3. September trat nun die Firma an einen Teil der Lohnarbeiter heran mit der Aufforderung, Arbeiten zu verrichten, die bisher von den streikenden Affordarbeitern geleistet wurden, unter der Begründung, daß andere Arbeiten nicht mehr da seien. Dieses Ansuchen wurde von den Arbeitern zurückgewiesen und die Verrichtung von Streitarbeit verweigert, worauf die Arbeiter sofort entlassen wurden. Darauf klagten die Arbeiter am Gewerbegericht Arnberg auf Zahlung des Lohnes für den Rest der Kündigungszeit. Dem Klageantrag hat das Arnberger Gewerbegericht am 16. Oktober 1925 stattgegeben und eine Entschliebung gefällt, die u. a. besagt: „Es war ein gesetzmäßiger Streik, da die Streikenden rechtzeitig gekündigt hatten. Die Verweigerung der Arbeiter, bei einem solchen Streik Streitarbeit zu übernehmen, kann keinesfalls als Grund zur sofortigen Entlassung angesehen werden. Die Übernahme von Streitarbeit widerspricht den in Arbeiterkreisen herrschenden Anschauungen und setzt den Betroffenen der Mißachtung

seiner Standesgenossen aus. Es kann die Verweigerung einer solchen Arbeit nicht als unrechtmäßige Weigerung angesehen werden. Auf diese Weigerung kann daher die sofortige Entlassung der Kläger nicht gestützt werden. Des weiteren aber meint die Beklagte, daß sie zur Zahlung der Arbeitslöhne der Kläger bis zum Ablauf ihrer Kündigung deshalb nicht verpflichtet sei, weil für die Kläger andere als die ihnen angebotene Arbeit, insbesondere infolge des Streiks, nicht mehr vorhanden gewesen sei. Wenn diese Behauptung des Beklagten richtig wäre, so wäre die Beklagte mit der Annahme der Dienste der Kläger nicht in Bezug geraten, denn dann wäre doch ein Streit, der, wie schon vom erkennenden Gericht in einer früheren Sache entschieden ist, und weder einen von der Beklagten noch dem Kläger einzutretenden Umstand darstellt, die Weiterbeschäftigung der Kläger unmöglich geworden. Dann würde gemäß § 323 BGB die Beklagte ihrerseits von der Leistung, d. h. der Lohnzahlung, frei gewesen sein. Das Gericht hat aber auf Grund der Beweisaufnahme nicht die Lieberzeugung gewonnen, daß für die Beklagte infolge des Streiks eine Unmöglichkeit vorlag, die Kläger mit ihren früheren Arbeiten, oder auch anderen Arbeiten - abgesehen von Streifarbeit - zu beschäftigen, zumal es sich nur um Arbeiten für den Rest der Kündigungsfrist, also für etwa fünf bis sechs Arbeitstage, handelte. Liegt aber eine solche Unmöglichkeit seitens der Beklagten nicht vor, so kann man daraus nicht die Befreiung von der Lohnzahlung für den Rest der Kündigungsfrist herleiten. Da die Höhe der Forderungen unbefristet ist, so war, wie gesehen, zu erkennen - "Dieses Urteil bestätigt unsere Ansicht, daß die Verweigerung von Streikarbeit nicht als Grund zur Entlassung angesehen werden kann.

Berichte aus unseren Jahrestellen

Augsburg. Die Jahrestelle Augsburg hat seit einigen Wochen unter den männlichen Mitgliedern fast nur noch eine einzige. Diese finden jeden Mittwoch von 8 bis 10 Uhr statt und erfreuen sich unter den Kollegen großer Beliebtheit. Die Vorträge verteilen sich wie folgt: I. Herstellen von Streifenarmor, II. Wärmereizen, III. Handergolden. Als Lehrmeister hat sich in liebenswürdiger Weise für mehrere Abende Herr Schmuder, Betriebsleiter der Firma Hartmann u. Wittler, zur Verfügung gestellt. Der Gesellenderein bietet uns kostenlos ein Unterrichtsheim. Bitte nicht ahnen andere Jahrestellen dieses Unternehmens nach.

Barmen. Unsere Ortsgruppe hatte am 24. Oktober im katholischen Seelenhaufe ein Familienunterhaltungsabend. Der Vorsitzende, Kollege Lauterbach, hielt alle Erscheinenden herzlich willkommen. Besonders begrüßte er den erschienenen Kollegen Büchsenhüß vom christlichen Textilarbeiterverband. Ein reichhaltiges Programm war für den Abend angesetzt. Abwechselnd gelangten Musik- und Gesangsvorträge, ferner Rezitationen zum Vortrag. Besonderen Beifall fand der Mitwettbewerb von stolleginnen dargestellt. Kollege Büchsenhüß streifte in kurzen Zügen die gegenwärtige Wirtschaftslage und ermahnte alle, fest zur Gewerkschaft zu stehen. Nur so können wir vorwärts kommen. Heißer Beifall wurde ihm gezollt. Die dramatische Abteilung des Gv. Arbeitervereins führte uns zwei Theaterstücke auf. Das soziale Stück „Arbeiterhand“ und ein humoristisches „Rupenklub“. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle gedankt, besonders dem Quartettverein und der dramatischen Abteilung.

Breslau. Am 15. November fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, zu der auch Kollege Wehl (Brieg) erschienen war, um über den Verlauf der Generalversammlung in Freiburg Bericht zu erstatten. Nach seinen klaren und interessanten Ausführungen ermahnte er uns, auch hier im Osten zu werben, auf daß bei dem nächsten Verbandstag der Osten nicht nur einen Vertreter, sondern mehrere Delegierte entsenden kann. Kollege Dörmann sportierte in kurzen martialischen Worten zu regerer Verbearbeit hier in Breslau an. Als alle Punkte, die auf der Tagesordnung standen, erledigt waren, blieben noch einzelne mit den auswärtigen Kollegen gemütlich zusammen.

Duerkadi. Eine vollzählig besuchte Mitgliederversammlung hatte unsere Jahrestelle am 5. November in unserem Versammlungslokal „Gasthof zur Volk“. Der Vorsitzende, Kollege Friedrich, eröffnete sie um 7 1/2 Uhr. Neben den Mitgliedern konnte er auch unseren Bezirksleiter, Kollegen Kambüßler, begrüßen. Dieser erhielt das Wort zur Berichtserstattung, betreffend Vorgehenshaltung bei der Firma Gerlach. Die Briefwechsel mit der Firma wurde bekanntgegeben. Die von der Firma auf Grund des Briefwechsels erreichte Lohnhöhung von 1, 2 und 3 Pf. wurde als ungenügend bezeichnet. Kollege Kambüßler gab dann die weiter zu unternehmenden Schritte in der Lohnangelegenheit bekannt. Sie wurden von allen Mitgliedern gutgeheißen. In diese Berichtserstattung knüpfte Kollege Kambüßler einige lehrreiche Ausführungen über gewerkschaftliche Arbeit und gewerkschaftliche Solidarität, die mit Beifall aufgenommen wurden. Am folgenden Morgen fand eine

Berhandlung mit der Firma Gerlach statt. Leider hat sich diese Verhandlung nach kurzer Dauer zerlegt, weil Herr Gerlach es nicht verstehen konnte, daß sich seine Arbeiterkraft einer gewerkschaftlichen Organisation angegeschlossen hat und nur durch diese Organisation verhandelt, die Lohn und Arbeitsverhältnisse vernünftig zu regeln. In einer in der Mittagspause stattgefundenen Versammlung der Arbeiterkraft wurde dem Kollegen Kambüßler das volle Vertrauen ausgesprochen und ihm völlig freie Hand gelassen in bezug auf weitere Schritte. Gewünscht wurde, an unserer Forderung festzuhalten. Die Mitglieder aber mögen aus dieser Verhandlung lernen, daß nur der dauernde feste Zusammenschluß in der Gewerkschaft zum Ziele führen kann. Dem Herrn Gerlach aber rufen wir zu, daß in dieser Angelegenheit noch nicht das letzte Wort von uns gesprochen ist und daß wir stets treue Mitglieder unseres Verbandes bleiben werden.

Dülmen. Unsere Versammlung am 18. November leitete der zweite Vorsitzende, Kollege Keiner an. In Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Kassierer, Kollege Dahne, den Kassierenbericht für das dritte Quartal. Desgleichen wurde von ihm der Bericht von der Paderborner Bezirkskonferenz entgegengenommen. Die eingegangenen Posten wurden verlesen und besonders das Schreiben der zentrale, betr. Invalidentät, unterzogen, besprochen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig damit einverstanden, zugunsten des Invalidentfonds in Zukunft auf 1 Prozent des Beitragsanteils für die Lokalfasse zu verzichten. Als dann wurde die Wahl eines neuen Schriftführers vorgenommen und der Kollege Kessenfamy gewählt. Dieser wurde ein zu veranstaltende Weihnachtsfeier im Zusammenhange mit dem 20jährigen Stützungsfest der Ortsgruppe wurde einstimmig beschlossen. Als Ergebnis der Aussprache wurde eine Kommission von fünf Kolleginnen und vier Kollegen gewählt, die gemeinsam mit dem Vorstände ein Programm für die Feier vorbereiten soll. Kollege Kambüßler sprach über „Die angeblich falsche Wirtschaftslage“. Der Vortrag dürfte für alle Mitglieder von Nutzen gewesen sein und die unbedingte Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber einem machtführenden Unternehmer gezeigt haben. Auf die Freiburger Generalversammlung des Verbandes und die dort erteilten Forderungen ging Kollege Kambüßler noch besonders ein. Betreffend jahresgenähe Beitragsklassen wurde beschlossen, die schon am 1. Oktober vorgenommene teilweise Neueinteilung der Mitglieder in die richtigen Klassen ab 1. Januar reiflos durchzuführen. Ferner wurde auf Wunsch der fast reiflos amwehenden Kolleginnen beschlossen, in Zukunft jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, die Versammlungen abzuhalten.

Gellentirchen. Am 15. November fand im Seelenhaufe die Monatsversammlung des Graphischen Zentralverbandes und des Gutenberg-Bundes statt. Kollege Büchsenhüß begrüßte unter den Anwesenden besonders den Kollegen Kambüßler. Dieser sprach über die christlichen Gewerkschaften. Seine belehrenden Worte fanden allseitigen Beifall. Nach Aufnahme einiger neuer Mitglieder wurde beschlossen, daß in Zukunft die Versammlungen und Zusammenkünfte gemeinschaftlich stattfinden sollen. Als Organisationsbeitrag wurde der Beitrag der Klasse A und ein Lokaltbeitrag von 10 Pf. festgesetzt. Die Weihnachtsfeier soll am zweiten Weihnachtstertage, nachmittags 5 Uhr, im Seelenhaufe stattfinden.

W.-Gladbach. Am 8. November feierten wir im Saale des Hotel „Oberstadt“ unser 20jähriges Stützungsfest. Tagsüber ging die niederheinische Bezirkskonferenz voraus, und so konnten sich die anwesenden Delegierten nach erfrischen, anstrengenden Beratungen noch einige Stunden dem Festmahl widmen. Bevor der 1. Vorsitzende, Kollege Gieskes, die Mitglieder der Bennemanns und Pütter, den Zentralvorstehenden Kollegen Hornbach, sowie die anderen Gäste begrüßte, rief er den zahlreich erschienenen Besuchern ein herzlich Willkommen zu. Zu der Begrüßung gab er einen kurzen Rückblick von der Gründung bis zum heutigen Festtag. Kollege Kambüßler (Rehmer) überbrachte der Jahrestelle Gladbach die Glückwünsche des Nordwestdeutschen Bezirks. Ein abwechslungsreiches Programm von Musik- und Gesangsvorträgen und Reden sorgte für genügende Unterhaltung. Die Festrede hielt Kollege Hornbach. Er übermittelte die Glückwünsche der zentrale zu unserem heutigen Siegesfest. Sodann kam er auf die schweren Tage der Entstehung der Gewerkschaften hier am Orte zu sprechen. Wenn Gladbach auch historischer Boden für die Gewerkschaften war, so ist er doch steinig, denn der Ruhm einer heiligen Firma birgt im ganzen deutschen Vaterland dafür. Er dankte besonders den Mitgründer Bennemanns und Pütter für die rege Tätigkeit, die sie dem Verbands erwiesen haben. Mit einem Appell wandte er sich an die Frauen der Mitglieder. Sie sollen ihren Männern dem Verband gegenüber keine Abwehrlage einnehmen, denn wo eine starke Organisation zu finden ist, kann man auch eine gute Bezahlung wahren. Ganz besonders für die kommende Zeit wollen die Arbeiter auf dem Posten sein, denn nur dann würde es uns gelingen, Vorteile zu erreichen. Der Vorsitzende Gieskes dankte dem Festredner sowie allen Mitwirkenden. Das Fest verlief in der besten Weise.

Literatur - Eingänge

Genossenschaftliche Bauverträge. Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Bauproduktionsgenossenschaften e. V. Erscheint am 20. jeden Monats. Bezugspreis für das Heft 20 Pf.

Das Novemberheft enthält u. a. einen ausführlichen Aufsatz von Josef Treffer über Arbeiterschaft und Wirtschaft, der mit der Forderung schließt, die eigenen wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Der Bühnenvolksbund. Heft 2 der Reichsblätter des Bühnenvolksbundes, Berlin 22 68, Kochstraße 59.

Aus dem Inhalt: Theater als Gemeinschaftsausdruck, Theaterpflege in Preußen, Sachsen, Baden, Thüringen, Vom Wesen des Märchens.

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.

Geleitwörter: Bismarckstraße 9, Fernspr. Rheinland 2686

Postfachkonto: Köln 15 171

Abrechnungen vom 3. Vierteljahr gingen ein bis 21. November: Bonn 11, Neuf, Cleve, Barmen, Dülmen, Eberfeld, Münden, Frankfurt, Klotzsch, Diesdorf, Dresden, Sorau, Frankenstein, Aachen, Augsburg, Götting, Landshut 28 Zahlstellen sind mit den Abrechnungen noch zurück. Gelder gingen ein bis zum 21. Nov.: Aachen, Bonn, Eberfeld, Dülmen, Augsburg, Mainz, Cleve, Freiburg, Mittelwalde, Würzburg, Münden, Birna, Köln, Hannover, Fulda, Münden, Landshut, Bingen, Diesdorf, Kallsthr., Seelbach, Dülmen, Hagen, Eilen, Rempten, Bonn II, Düsseldorf, Neuroda, Neuf, Frankenstein, W. Gladbach.

Die Einhebung der Statistikarten darf nicht vergessen werden.

Beitragpreis 10 Pfennig, Vorauszahlung erforderlich

Anzeigen Zahlstellenanzeigen kosten 5 Pfennig die Zeile

Unsern lieben Kollegen
Johann Brocke
zu seinem 25jährigen
Arbeitsjubiläum
bei der Firma Herder & Co.
die herzlichsten Glückwünsche
Jahrestelle Freiburg i. Br.

Unsern lieben Kollegen
Eduard Steinmetz
nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Jahrestelle Hannover.

Unsern lieben Kollegen
Adolf Kemmrich
und seiner lieben Braut
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Jahrestelle Köln.

Unsern lieben Kollegin
Anna Baranowski
nebst Bräutigam
die herzlichsten Glückwünsche
und Gegenwünsche
zur Vermählung.
Jahrestelle Danzig.

Unsern lieben Kollegen
Karl Wien
nebst seiner lieben Braut
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Jahrestelle Paderborn.

Unsern lieben Kollegen
Friedrich Simon
nebst Frau
zur Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche
und Gegenwünsche.
Jahrestelle Saarbrücken.

Unsern lieben Kollegen
Willi Hellmund
nebst seiner lieben Braut
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung.
Jahrestelle Paderborn.

Unsern lieben Kollegen
Mois Zimmer
nebst Frau
zur Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche
und Gegenwünsche.
Jahrestelle Saarbrücken.



Der Inhalt einer Bucherei aber der Preis eines Buches

Der Kleine Herder
Nachschlagewerk
über alles für alle
In leichtem Ganzleinenband 30 Pf
In Halbfranz mit Kopfgoldschnitt 40 Pf
In jeder Buchhandlung zur Ansicht